

Sachsen: Nur 4% der Anträge auf Impfschäden anerkannt - Bürger im Stich!

Im Sachsen wurden nur 4% der Anträge auf Entschädigung für Corona-Impfschäden anerkannt. AfD kritisiert die Ablehnungen.

Leipzig, Deutschland - In Sachsen bleibt die Anerkennung von Entschädigungsansprüchen aufgrund von Corona-Impfschäden alarmierend gering. Bis zum 31. Dezember 2024 waren in der sächsischen Verwaltungsbehörde insgesamt 777 Anträge auf Entschädigung eingegangen. Von diesen wurden lediglich 30 Anträge, also etwa vier Prozent, anerkannt. Dies führt zu großem Unmut unter den Betroffenen.

Von den 703 bearbeiteten Anträgen wurden 662 abgelehnt. 180 Bürger haben bereits Widerspruch gegen diese Entscheidungen eingelegt. André Wendt, ein Abgeordneter der AfD, kritisiert die ablehnende Haltung der sächsischen Regierung scharf und wirft ihr vor, die Impfpflichter und deren Familien im Stich zu lassen. Wendt hebt hervor, dass auch junge, zuvor gesunde Menschen zwischen 20 und 40 Jahren gestorben seien, ohne dass ihnen eine Entschädigung gezahlt wurde. Dies stellt eine erhebliche Belastung für die Angehörigen dar.

Unzureichende Anerkennung von Impfschäden

Die Situation wird durch die zahlreichen gesundheitlichen Komplikationen, die im Zusammenhang mit den Impfungen auftraten, verstärkt. In Sachsen wurden rund acht Millionen

Corona-Impfungen verabreicht, wobei bei Hunderten Menschen gesundheitliche Schäden auftraten. Beispielhaft ist der Fall einer 28-jährigen Medizinstudentin aus Leipzig, die an einer lebensgefährlichen Hirnvenenthrombose litt und mehrere Operationen über sich ergehen lassen musste. Ein Zusammenhang zwischen dieser Komplikation und der Impfung mit AstraZeneca wird mittlerweile als gesichert betrachtet.

Der Kommunale Sozialverband Sachsen registrierte bis zum 22. Juli 2024 lediglich 28 anerkannte Impfschäden unter 709 Entschädigungsanträgen, während 596 Anträge abgelehnt wurden, da kein ursächlicher Zusammenhang zur Impfung nachgewiesen werden konnte. Hierbei bleibt die Entschädigung für Fälle mit unspezifischen Symptomen ausgeschlossen.

Kritik an der Politik und Überprüfung der Anträge

Thomas Prantl, der Obmann der AfD im Corona-Untersuchungsausschuss, kündigte an, das Fehlverhalten der damaligen sächsischen Regierung unter CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer in Bezug auf den Druck zur Corona-Impfung genau zu untersuchen. Diese Stoßrichtung finden viele besorgte Stimmen in der Bevölkerung, die eine bessere und unbürokratische Entschädigung für alle Impfpfopfer fordern. Prantl betont, dass insbesondere Todesfälle und schwere Erkrankungen einer Neubewertung der abgelehnten Anträge bedürfen.

Bundesweit wurden bis zum genannten Zeitraum 467 Impfschäden von insgesamt knapp 12.000 Anträgen anerkannt, was die Problematik der mangelhaften Entschädigung aufzeigt. Der Druck, in der Pandemie eine hohe Impfquote zu erreichen, könnte erheblich zu dieser Situation beigetragen haben. Die rasant gestiegene Zahl der verabreichten Impfungen stellt die Behörden vor große Herausforderungen, insbesondere in der korrekten Bearbeitung von Anträgen auf Entschädigung.

Für weitere Informationen zu den Hintergründen und Daten rund um Corona-Impfschäden besuchen Sie die Seiten von Freilich Magazin, Sächsische und den Bundestag: **Freilich**, **Sächsische**, **Bundestag**.

Details	
Vorfall	Gesundheitskrise
Ort	Leipzig, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.freilich-magazin.com• www.saechsische.de• www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de